



Nr. 27

20. Juli 2016

Inhalt

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Hessen: Nachbesserung bei Beamtenbesoldung unzureichend](#) +++

[Schleswig-Holstein bringt Versorgungsfonds auf den Weg](#) +++

[BBB: Flächendeckende Erfolge bei den Personalratswahlen](#) +++

[Öffentlicher Dienst in Baden-Württemberg: BBW und Kommunale](#)

[Spitzenverbände für leistungsgerechte Bezahlung](#) +++

[Angriff in Regionalexpress: DPoIG wehrt sich gegen „parlamentarische Klugscheißerei“](#)+++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen: Nachbesserung bei Beamtenbesoldung unzureichend

(dbb) Der Hessische Landtag hat am 18. Juli 2016 beschlossen, die Besoldung der Landesbeamten rückwirkend zum 1. Juli 2016 um 1 Prozent, mindestens aber um 35 Euro zu erhöhen. Dass sich die schwarz-grüne Landesregierung dafür feiern lassen wolle, erscheine wie „blanker Hohn“, sagte dazu der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt. Denn selbst für die geringsten Beamteneinkommen bleibe die prozentuale Steigerung bei dem Festbetrag von 35 Euro deutlich unter der 2-Prozent-Marke. „Schwarz-Grün legt sich also weiter massiv mit den Beamten an“, so Schmitt. Die Besoldungsanpassung bleibe auch mit der Nachbesserung verfassungswidrig, weshalb der dbb Hessen – wie angekündigt – Klagen einreichen werde.

Als grobe Unverschämtheit bezeichnete Heini Schmitt zudem die Pläne der Regierung, die angekündigte Verringerung der Wochenarbeitszeit auf pauschal 41 Stunden um acht Monate nach hinten zu schieben. Diese Änderung

sei bereits Anfang 2014 für das Jahr 2017 versprochen worden. Deshalb seien alle Beamten davon ausgegangen, dass die Änderung auch zum 1. Januar 2017 in Kraft trete.
(01/27/16)

Schleswig-Holstein bringt Versorgungsfonds auf den Weg

(dbb) Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat am 19. Juli 2016 den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Versorgungsfonds vorgelegt. Damit soll sichergestellt werden, dass die von den Beamtinnen und Beamten durch Kürzungen bei der Besoldung und Versorgung in den vergangenen Jahren erbrachten Mittel auch weiterhin ausschließlich zur Abdeckung von Versorgungskosten verwendet werden dürfen.

„Wir waren in dieses Vorhaben bereits sehr frühzeitig eingebunden und haben die Zielrichtung stets begrüßt“, sagte die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer. Die Errichtung des Versorgungsfonds sei ein richtiger Schritt. „Es handelt sich schließlich um das Geld der Beamtinnen und Beamten, das sie selbst durch Kürzungen bei ihrer Bezahlung erbracht haben. Es wäre nicht vermittelbar gewesen, wenn dieses Geld nun einfach im Landeshaushalt versickert wäre.“
Das alte Gesetz läuft 2017 aus. Ohne die jetzt vorgelegte Regelung wären die Mittel ab 2018 frei verfügbar geworden. Das neue Gesetz

sieht vor, dass der Bestand zum 31. Dezember 2017 in Höhe von etwa 630 Millionen Euro in den Fonds überführt wird, und auch ab 2018 weiterhin eine jährliche Zuführung in der Höhe von etwa 77,5 Millionen Euro stattfindet. Daneben sollen ab 2020 für jede Neueinstellung im Beamtenbereich 100 Euro monatlich in den Fonds eingelegt werden.
Den gleichzeitig vorgelegten Versorgungsbericht wertete der dbb schleswig-holstein als Bestandsaufnahme. „Wir werden uns die dort enthaltenen Zahlen und Fakten genau anschauen und dann bewerten“, so Schwitzer.
(02/27/16)

BBB: Flächendeckende Erfolge bei den Personalratswahlen

(dbb) „Der BBB und die unter seinem Dach zusammengeschlossenen Verbände haben überzeugt“, sagte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), am 14. Juli 2016 zum Ergebnis der Personalratswahlen 2016. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hatten bei der Wahl ihrer Interessenvertreter für die kommenden fünf Jahre den Kandidatinnen und Kandidaten des BBB einen deutlichen Vertrauensbeweis ausgesprochen.

Über 66 Prozent der Sitze in den Hauptpersonalräten sind demnach mit Kandidatinnen und Kandidaten der BBB-Listen besetzt. In weiten

Teilen konnten die Sitzzahlen ausgebaut werden teilweise mit einem Stimmenanteil von über 90 Prozent. In den konstituierenden Sitzungen

der Hauptpersonalräte bei den Ministerien wurden mit Ausnahme von zwei Ressorts BBB-Vertreter als Vorsitzende gewählt. Und auch an der Spitze des obersten Personalvertretungsgremiums, der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte, steht mit Gerhard Wipijewski ein Vorstandsmitglied des BBB. Habermann: „Die Beschäftigten zählen auf uns. Das ist eine große Verantwortung, aber macht uns natürlich auch stolz! Mit dem BBB und seinen 54 Fachverbänden können alle unsere

Personalräte auf ein starkes und belastbares Netzwerk zugreifen.“

Die Personalräte sind im öffentlichen Dienst das Pendant zu den Betriebsräten in den Unternehmen der freien Wirtschaft. Vom 21. bis 23. Juni 2016 waren rund 500.000 Landes- und Kommunalbeschäftigte in Bayern aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.

(03/27/16)

Öffentlicher Dienst in Baden-Württemberg: BBW und Kommunale Spitzenverbände für leistungsgerechte Bezahlung

(dbb) Der zunehmende Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst von Baden-Württemberg hat den BBW – Beamtenbund und die Kommunalen Spitzenverbände auf den Plan gerufen: In einer gemeinsamen Erklärung vom 19. Juli 2016 haben sie die Landesregierung aufgefordert, von Sparmaßnahmen abzusehen. Vielmehr solle dem Bewerbermangel durch leistungsgerechte Bezahlung entgegengewirkt werden. Die Absenkung der Eingangsbesoldung müsse vom Tisch, ebenso Gedankenspiele über neuerliche Spareingriffe im Beamtenbereich, erklärten BBW-Chef Volker Stich und die Spitzen des Städte-, Gemeinde- und Landkreistags übereinstimmend.

Der Fachkräftemangel treffe mittlerweile alle Verwaltungsbereiche und Regionen. Selbst in den Großstädten blieben inzwischen Stellen unbesetzt. Schlimmer noch sehe es auf dem Land aus. Bürgermeister und Landräte beklagten, dass sie kein Personal mehr finden. Dabei steige die Arbeitsbelastung weiter, da etwa nach der Unterbringung und Versorgung der vielen tausend Flüchtlinge nun deren Integration auf die Kommunen zukomme.

Bei den Kommunalen Spitzenverbänden und beim BBW beobachte man diese Situation mit Sorge. Deshalb hatten sich Gemeindegapäsident Roger Kehle, der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Eberhard Trumpp, das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Oberbürgermeisterin a.D. Gudrun Heutebluhm und BBW-Chef Volker Stich zu einem Spitzengespräch getroffen, um Wege aus der Misere zu beraten.

(04/27/16)

Angriff in Regionalexpress: DPoIG wehrt sich gegen „parlamentarische Klugscheißerei“

(dbb) Nachdem ein Jugendlicher bei Würzburg in einem Regionalexpress mehrere Menschen mit einer Axt und einem Messer attackiert hatte, wurde er bei dem folgenden Polizeieinsatz erschossen. Beim Online-Dienst Twitter schrieb die Grünen-Politikerin Renate Künast nur kurze Zeit nach dem Vorfall: „Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden???? Fragen!“. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Rainer Wendt reagierte im Interview mit der Schweriner Volkszeitung (Ausgabe vom 19. Juli 2016) mit deutlichen Worten: „Gegen eine derartige parlamentarische Klugscheißerei muss man sich mit aller Entschiedenheit verwahren.“ Künast wisse nichts über die Komplexität eines solchen Polizeieinsatzes und habe keine Ahnung, was dort genau vorgefallen sei.

Die Staatsanwaltschaft werde diesen Sachverhalt akribisch untersuchen und juristisch bewerten. „So geht das in einem Rechtsstaat“, sagte Wendt. Der finale Rettungsschuss sei gesetzlich eindeutig geregelt. „Die Polizisten wurden angegriffen

und haben mit der Schusswaffe diese un-mittelbare Gefahr für Leib und Leben abgewehrt. Das ist ihr gesetzlicher Auftrag. Politiker wie Frau Künast sollten sich jetzt hinter die Polizei stellen und nicht ihre linke Klientel gegen sie aufhetzen.“

(05/27/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Schnelle Ergebnisse erhofft sich der dbb beamtenbund und tarifunion von einem ersten Spitzentreffen bei den Verhandlungen über Maßnahmen zur Sicherstellung der Attraktivität der Brandenburger Landesverwaltung am Mittwoch, 20. Juli 2016, in Potsdam. Erstmals kommen die Gewerkschaften mit den Ressortchefs Karl-Heinz Schöter (Ministerium des Innern und für Kommunales) sowie Christian Görke (Ministerium der Finanzen) zusammen, um zu den seit Februar 2016 in Arbeitsgruppen bearbeiteten Positionen das weitere Vorgehen zu besprechen. „Wir haben konstruktiv zum lebens- und altersgerechten Arbeiten diskutiert und gehen optimistisch in die Spitzenrunde, wo wir hoffentlich schnell erste konkrete Ergebnisse erzielen können“, sagte **dbb-Verhandlungsführer Karl-Heinz Leverkus** im Vorfeld der Gespräche.

Der baden-württembergische Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** hat **Volker Stich**, den Landesvorsitzenden des BBW - Beamtenbund Tarifunion, am 15. Juli 2016 zu einem Vier-Augen-Gespräch getroffen. Das über eine Stunde dauernde Gespräch habe in einer sehr offenen, vertrauensbildenden Atmosphäre stattgefunden, so Stich. Nach dem das Verhältnis

zwischen der Vorgängerregierung unter Kretschmann und dem BBW als gestört galt, wolle er nun für „einen neuen Umgang“ werben.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) und der Verband der Bundeswehr Feuerwehr e.V. (VdBwF) haben am 14. Juli 2016 bei einem Gespräch der beiden Vorsitzenden **Wolfram Kamm** und **Thomas Schönberger** eine weitere Intensivierung ihrer Zusammenarbeit vereinbart. Im Interesse der Kolleginnen und Kollegen in der Bundeswehrfeuerwehr sollen grundlegende Themen abgestimmt und – wenn möglich – gemeinsam nach innen und nach außen vertreten werden. Beispiele dafür seien die Infrastruktur der Feuerwachen, Dienstpostenbewertungen und die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen.

Für die Beschäftigten der Deutschen Bundesbank besteht die Möglichkeit, rückwirkend zum 1. Januar 2016 ein Langzeitkonto für die Arbeitszeit zu führen – sofern die in der entsprechenden zwischen Hauptpersonalrat und Vorstand getroffenen Betriebsvereinbarung beschriebenen Voraussetzung erfüllt sind. Das teilte die **VdB Bundesbankgewerkschaft** am 20. Juli 2016 mit.
(06/27/16)